

Spielberger Nachrichten

Nummer 31, Jänner 2017. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



Was ein Kind braucht

Wenn ein Kind geboren ist,
braucht es eine Wohnung,
Kleider, eine Spielzeugkist,
Bonbons als Belohnung.
Murmeln und ein eigenes Bett,
einen Kindergarten, Bücher
und ein Schaukelbrett,
Tiere aller Arten.

Wälder, Wiesen, eine Stadt,
Sommer, Regen, Winter,
Flieger, Schiffe und ein Rad,
viele andre Kinder.
Mann und Frau, die Arbeit haben,
klug Vater und Mutter,
Länder, wo es Frieden gibt
und auch Brot und Butter.

Wenn ein Kind nichts davon hat,
kann's nicht menschlich werden.
Dass ein Kind das alles hat,
sind wir hier auf Erden.

Peter Maiwald



Erich Wilding



Sabine Bauer



*Mit diesem Gedicht wünschen wir
allen Spielbergerinnen
und Spielbergern
alles Gute für 2017
Gesundheit, soziale Sicherheit
und Frieden!*

Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Spielberg

Der Widerstand geht weiter!

Jetzt unterschreiben!

GEGEN TTIP
CETA & TiSA

www.volksbegehren.jetzt

Eintragungswoche:
23. bis 30. Jänner 2017
auf Ihrer Gemeinde/
Ihrem Magistrat

23. bis 30. Jänner:

**Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TiSA!
Unterschreiben Sie am Gemeindeamt**

Wir lehnen diese Handelsabkommen ab, weil ...

- ... die Verhandlungen völlig undurchsichtig sind.
- ... dadurch der Druck auf die Landwirtschaft und auf die arbeitenden Menschen erhöht wird.
- ... durch internationale Schiedsgerichte der österreichische Rechtsstaat ausgehöhlt wird.
- ... der Druck für Privatisierungen größer wird.
- ... wir schon bisher Handel betrieben haben und diese weiteren Abkommen nur den Großkonzernen und der Agrar- und Lebensmittelindustrie nutzen.

Die Homepage der BetreiberInnen des Volksbegehrens:

<http://www.volksbegehren.jetzt>



Die Wohnbeihilfe tun sie streichen...



Ganz im Zeichen des Widerstandes gegen die Verschlechterung der Wohnbeihilfe stand die Krampusaktion der KPÖ. In mehreren Städten, so auch in Spielberg, wurden Schokokrampusse und Krampuskarten verteilt.

Projekt Spielberg: Wenig Verständnis für die Bedürfnisse der lärmgeplagten AnrainerInnen



In der vorletzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Medienkommentar und einen Leserbrief über die unerträglichen Belastungen rund um die Veranstaltungen am Red-Bull-Ring am Wochenende des 23. Oktober als Anlass genommen, um wieder in Sachen Lärmbelastung nachzuhaken. Denn auch bei uns gab es Beschwerden.

In einem Brief hat die Gemeinde daraufhin am 24. November einen Brief an das Projekt Spielberg geschickt und die Anfrage gestellt, ob Maßnahmen gesetzt werden können, um solche außerordentlichen Lärmentwicklungen zu verhindern.

Im Antwortschreiben vom 29. November vom Projekt Spielberg steht zu lesen: „Leider können wir die subjektive Einschätzung des Herrn Gemeinderats Wilding aktuell nicht im Detail beurteilen, da uns Informationen zum genauen Standort, Zeitpunkt sowie der Charakteristik der Wahrnehmung fehlen. Gleiches gilt auch für die Fragestellung, wie man derartige „außer-

ordentliche zusätzliche Lärmbelastungen verhindern kann, da unseren Aufzeichnungen zufolge weder eine annähernde Überschreitung der behördlichen Grenzwerte, noch ein außergewöhnliches Schallereignis am gegenständlichen Tag festzustellen ist.“ „Außerdem wurden bei dem angesprochenen Ereignis die allgemeinen, behördlich genehmigten Betriebszeiten sowie die nicht verbindliche Mittagspause eingehalten.“

An jenem Wochenende war die Lärmbelastung so groß, dass davon in einer Zeitung berichtet wurde und eine Leserbriefschreiberin aus dem weiter entfernten Knittelfeld ihren Unmut öffentlich ausgesprochen hat. Allerdings hat ein Normalbürger keine Möglichkeit zu einer exakten Lärmmessung. Das Gefühl, dass die Belastungen an diesen Renntagen enorm waren, ist daher natürlich subjektiv, wurde aber offensichtlich von mehreren Menschen geteilt.

Nun kann man sich natürlich auf den Standpunkt zurückziehen „Alles in Ordnung, die Meßergebnisse stimmen“ - nur sehr einfühlsam und kooperativ ist das nicht. Lärm ist eine arge Belastung und ein gesundheitliches Problem. Wenn Menschen in der Region über Belastungen klagen, dann sollte das ernst genommen werden. In unserer letzten Zeitung haben wir geschrieben: „Die Forderung nach Lärmreduzierung ist die Anerkennung, dass der Wunsch der Menschen nach einem lebenswerten Umfeld legitim ist. Es gibt in der heutigen Zeit sicherlich auch technische Möglichkeiten (z.B. Schalldämpfer) um Abhilfe zu schaffen.“ Diese Sätze gelten nach wie vor.

Aus dem Gemeinderat

Schadhafte LED Leuchten

Der Bürgermeister berichtete, dass von den ersten 500 LED-Leuchten bereits rund die Hälfte auf Grund von Produktionsmängeln ausgetauscht werden müssten. Der ursprüngliche Vertragspartner ging in Insolvenz. Durch nachfolgende Firmenübernahmen kam es auch zu Produktionsverzögerungen bei den nun defekten 91 Leuchten, wodurch sich die Nachmontage verzögert.

Die jetzige Firma machte außerdem geltend, dass lokale Spannungsereignisse den Ausfall mit verschuldet hätten. Man kam überein dass von den nun reklamierten Leuchten rund 60 Prozent kostenlos ersetzt werden. Der Rest wird zu einem Sonderpreis geliefert und 35 Ersatzlampen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Umstellung auf LED Lampen ist sicher positiv, aber leider gibt es offensichtlich viele Probleme und „Kinderkrankheiten“ bis ein neues System gut funktioniert.

Auflösung Kleinregion

Nachdem die für 7.12. einberufene Sitzung der Vollversammlung unserer Kleinregion wegen mangelnder Teilnahme abgesagt wurde, gibt es nun für 25.1. einen neuen Termin. Die Kleinregion, in der unsere Gemeinde vertreten ist, umfasst die alten Gemeinden des ehemaligen Bezirkes Knittelfeld. Zweck dieser neuen Sitzung ist die Auflösung der Kleinregion.

Zuerst haben SPÖ und ÖVP im Land auf die Bildung von Kleinregionen gesetzt. Kleinregionen wurden gebildet, ein eigenes Entwicklungskonzept (das sicherlich auch einiges gekostet hat) wurde in Auftrag gegeben und beschlossen. Dann ist man auf die - vielfach ungeliebten - Gemeindegemeinschaften gekommen. Nun werden die Kleinregionen einfach aufgelöst. Langfristige und sparsame Planung sieht wohl anders aus.

Spielberger Nachrichten In eigener Sache

Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:
Steiermärkische Sparkasse,
IBAN: AT052081526000000617

*Liebe Spielbergerinnen
und Spielberger!*

EU-Bilanz: Weniger Einkommen und hohe Jugend- arbeitslosigkeit

Erinnern Sie sich noch an die vielen Versprechungen, die uns vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt gemacht wurden? Legendar ist ja inzwischen der „Ederer-Tausender“.

Das ist das Versprechen der damaligen EU-Staatssekretärin Brigitte Ederer, wonach sich jede österreichische Familie durch den EU-Beitritt 1.000 Schilling ersparen würde.

Ederer ist dann in den Siemens-Vorstand aufgestiegen. Für sie war der EU-Beitritt sicherlich ein Vorteil, für die arbeitenden Menschen sieht die Bilanz allerdings bitter aus. Seit 1996 ist unser Land Mitglied der EU. Nun hat der Rechnungshof im Einkommensbericht von 2014 und 2015 aufgezeigt, dass ArbeiterInnen und WenigverdienerInnen in Österreich seit 1998 einen Reallohnverlust erlitten haben.

Das mittlere Bruttojahreseinkommen (ohne Lehrlinge) betrug im Jahr 2015 26.678 Euro. Bei Arbeitern lag dieses Medianeinkommen bei 19.215 Euro. Das ist zwar auf dem Papier zwar mehr als 1998 (16.100 Euro). Doch um die jährliche Teuerungsrate bereinigt, bleiben den Arbeitern nun real um 13 Prozent(!) weniger. Bei den Angestellten blieb das inflationsbereinigte Einkommen seit 1998 annähernd gleich.

Auch die Kluft zwischen Gut- und Schlechtverdienern ist weiter gewachsen. Das zeigt sich an den niedrigsten und höchsten zehn Prozent aller Einkommen. Die niedrigen Einkommen fielen sehr stark ab. 1998 betrug der Wert, unter dem die niedrigsten zehn Prozent der Bruttojahreseinkommen lagen, 2.761 Euro. Bis 2015 sank er auf 2.472 Euro. Was sogar ohne Inflationsbereinigung ein enormer Verlust ist.

Ebenso haben die mageren Pensionserhöhungen der vergangenen Jahre den PensionistInnen einen Einkommensverlust beschert. In dieses Bild passt auch, dass nun berichtet wurde, dass trotz eines Rekordhochs an Arbeitsplätzen in der EU immer weniger Menschen von ihren schlecht bezahlten Jobs leben können. Die offizielle Arbeitslosenquote in der EU liegt immer noch bei 8,6 Prozent, bei Jugendlichen über 20 (!) Prozent. Rund 23,7 Prozent der Menschen waren laut offiziellen Zahlen von Armut bedroht.

Wer uns immer noch einzureden versucht, die EU sei eine Konstruktion im Interesse der arbeitenden Menschen lügt entweder, oder leidet unter Realitätsverweigerung meint...

...Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Das Budget der Gemeinde für 2017

Die Gemeinden bekommen von Bund und Land nicht die nötigen Geldmittel, um die vorgeschriebenen Aufgaben gut bewältigen zu können. So steigen allein die Ausgaben für die Gemeinde Spielberg für den Sozialhilfverband im nächsten Jahr um rund 220.000 Euro. Im Bildungsbereich (Schulen, Kindergärten) liegen die Ausgabensteigerungen zwischen 4 und 5 Prozent. Einige Schulsanierungen werden aber erst in den nächsten Jahren anfallen. Über die Ertragsanteile (Steuern, die wir vom Bund bekommen) werden wir aber nur um rund 140.000 Euro mehr erhalten. Das ist viel zu wenig.

Allein diese Zahlen zeigen, dass der ausverhandelte Finanzausgleich für die Gemeinden völlig ungenügend ist. Im Vorfeld wurde viel gefordert, es gab Resolutionen, es wurde auf den Tisch geklopft - und dann sind die Gemeinden wieder eingeknickt. 500 Millionen mehr wurden gefordert. 300 Millionen sind es geworden - Geld, das sich die Gemeinden aber mit den Ländern teilen müssen.

Steiermark weiter benachteiligt, Vermögenssteuer kein Thema



Auch die finanzielle Benachteiligung der Steiermark gegenüber anderen Bundesländern (einige Bundesländer bekommen pro Einwohner mehr Geld vom Bund als andere) wurde nicht beseitigt. Leider war auch die so dringend notwendige Besteuerung von Vermögen und Gewinnen überhaupt kein Thema bei den Finanzausgleichsverhandlungen.

Die KPÖ hat den Voranschlag für 2017 abgelehnt. Ein wesentlicher Grund dafür ist der politische Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden und den falschen Finanzausgleich. Denn wenn alles immer einstimmig beschlossen wird, und es keinen Protest gibt, wird der Eindruck erweckt, dass alles in Ordnung sei - und das ist in der Frage der finanziellen Ausstattung der Gemeinden leider überhaupt nicht der Fall.

Die KPÖ hat den Voranschlag für 2017 abgelehnt. Ein wesentlicher Grund dafür ist der politische Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden und den falschen Finanzausgleich. Denn wenn alles immer einstimmig beschlossen wird, und es keinen Protest gibt, wird der Eindruck erweckt, dass alles in Ordnung sei - und das ist in der Frage der finanziellen Ausstattung der Gemeinden leider überhaupt nicht der Fall.

Positiv ist, dass im außerordentlichen Haushalt etliche Vorhaben, von Straßen-, Wasser- und Kanalbauten über Ausgaben für die Feuerwehr oder einen Spielplatz geplant sind. Weniger positiv ist, dass viele der Vorhaben über Kredite finanziert werden müssen. Dadurch steigt der Schuldenstand leicht. Derzeit sind die Zinsen niedrig, aber das muss nicht immer so bleiben.

Bedarfszuweisungen

Die Gemeinde erhält vom Land rund 800.000 Euro an Härteausgleich und Bedarfszuweisungen. An so genannter „Landesumlage“ zahlen wir rund 390.000 Euro an das Land zurück. Spielberg ist Gegensatz zu

Ordentlicher Haushalt, gerundet

Einnahmen	10,63 Mio.
Ausgaben	10,63 Mio.

Außerordentlicher Haushalt, gerundet

Einnahmen	2,18 Mio.
Ausgaben	2,18 Mio.

z.B. der Gemeinde Zeltweg also kein „Nettozahler“ an das Land. Aber Bedarfszuweisungen sind auch ein „Druckmittel“ des Landes. Anstatt Bittgesuche an das Land zu richten, wäre es besser die Landesumlage würde abgeschafft, und die Gemeinde würden finanziell besser ausgestattet.

Aufgefallen ist uns, dass die Ausgaben für die Pressestelle und für Öffentlichkeitsarbeit mit rund 63.000 Euro doch recht hoch sind. Hinzu kommen noch andere „öffentlichkeitswirksame“ Ausgaben. So ist bei den Ausgaben für „Amtspauschalien und Repräsentationsausgaben“ eine Steigerung von 4.700 auf 9.700 Euro geplant, das ist mehr als eine Verdoppelung.

ÖVP - Vize-BGM Bernd Liebinger wies darauf hin, dass der Dienstpostenplan eine zusätzliche Stelle aufweist. Der Stadtamtsdirektor berichtete, dass ein HTL-Ingenieur zur Unterstützung des Bauamtes aufgenommen wird. Dort steht in einiger Zeit eine Pensionierung an und durch die Neuaufnahme soll für Kontinuität gesorgt werden. Das Budget wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen, die KPÖ stimmte gegen den Voranschlag.

Steiermärkische
SPARKASSE

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld. **Offenlegung:** Die Spielberger Nachrichten sind ein Informationsblatt der KPÖ und dienen der Information der Spielberger Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ-Steiermark. Das Blatt tritt für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft und für Frieden, Abrüstung und Umweltschutz ein.



Der Kautionsfonds und die fremden Federn



Im letzten „SPÖ-Stadtjournal“ wurde die Einführung eines Kautionsfond in unserer Gemeinde gefeiert. Das Land stellt Geldmittel zur Verfügung, die Abwicklung erfolgt über die Gemeinde. Nun gibt es in Form eines Kleinkredites einen Zuschuss von maximal 500 Euro zur Kaution.

Natürlich begrüßen wir es, wenn das Land nun einen Kautionsfonds einführt. Nur, was in der SPÖ Zeitung mit keinem Wort erwähnt wurde: Damit wurde in der Gemeinde und im Land endlich eine langjährige Forderung der KPÖ umgesetzt.

Die Schaffung eines Kautionsfonds war uns schon lange ein Anliegen. Im Jahr 2010 wurde auf Initiative der KPÖ in Graz erstmals ein Kautionsfonds eingeführt. 2016 wurde auf Antrag der KPÖ in Knittelfeld

ein Kautionsfonds eingerichtet. Wenig später war es dann auch in Deutschlandsberg soweit. Die KPÖ war auch im Landtag aktiv. In zahlreichen Anträgen und Initiativen haben wir die Schaffung eines steiermarkweiten Kautionsfonds eingefordert.

KPÖ Antrag vom 25.6.2015

Im Juni 2015 haben wir folgenden Antrag eingebracht: Der Gemeinderat der Gemeinde Spielberg möge beschließen: Die Gemeinde prüft die Möglichkeit einen Kautionsfonds zu schaffen. Ziel eines solchen Fonds ist die Unterstützung von MieterInnen bei der Aufbringung der Wohnungskaution. Modelle eines solchen Kautionsfonds werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Leider wurde unsere Forderung nicht umgesetzt. Hätte man den Kautionsfonds damals beschlossen, hätte es diese Hilfestellung für die SpielbergInnen schon früher gegeben.

Im selben Artikel steht zu lesen: „Nach dem Schulstartgeld und dem Mobilitätszuschuss weitere finanzielle Unterstützung für SpielbergInnen!“. Auch hier wurde mit keinem Wort erwähnt, dass das Schulstartgeld auf Initiative der FPÖ eingeführt wurde. Uns ist klar, dass die SPÖ in Spielberg die Mehrheit hat und es diese Stimmen im Gemeinderat braucht, um etwas umzusetzen. Aber dennoch sollte bei einem solchen Leistungsbericht erwähnt werden, von wem eine umgesetzte Idee stammt.



Förderungen für Betriebsansiedelungen und Betriebserweiterungen: Nur der Stadtrat trifft die Entscheidung

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden Wirtschaftsförderungsrichtlinien beschlossen. Die Förderung besteht aus einer vierjährigen gestaffelten Ermäßigung der Kommunalsteuer, die als Gutsschrift für die kommenden Jahre verbucht wird.

Sehr positiv ist, dass in den Richtlinien aufgenommen wurde, dass der Förderungswerber glaubhaft nachweisen muss, dass in seinem Unternehmen Frauen und Männer für gleiche Arbeit gleich entlohnt werden. Damit wurde ein Anliegen, dessen Umsetzung wir schon seit vielen Jahren betreiben, umgesetzt.

Allerdings sah der Richtlinienentwurf vor, dass der Gemeinderat sein Entscheidungsrecht über die Vergabe der Förderungen an den Stadtrat abgibt. Damit werden wir nicht einverstanden. Um nicht gegen die Richtlinien stimmen zu müssen, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, in dem die Entscheidung beim Gemeinderat bleibt. Daraufhin wurde der Entwurf dahingehend geändert, dass dem Gemeinderat nun über die Entscheidung des Stadtrates berichtet werden muss. Das war uns zu wenig und wir haben unseren Antrag aufrecht erhalten.

Leider wurde unser Antrag im Gemeinderat von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Es ist uns unverständlich, wie ein Gemeinderatsmitglied damit einverstanden sein kann, freiwillig diese Kompetenz abzugeben. Nur im Gemeinderat können Entscheidungen öffentlich diskutiert werden. Hingegen sind Sitzungen des Stadtrates vertraulich und es sind nicht alle Fraktionen dort vertreten.

Bei den Wirtschaftsförderungen handelt es sich um die Vergabe von Gemeindegeldern, die im Wesentlichen aus den Steuern und Gebühren der Bevölkerung kommen. Die Vergabe von Förderungen öffentlich zu beschließen, ist auch aus Gründen der Transparenz notwendig. Nur im Nachhinein informiert zu werden ist zu wenig, denn dann ist die Entscheidung ja bereits gefallen. Deshalb konnten wir den Wirtschaftsförderungsrichtlinien nicht zustimmen.

So wichtige Entscheidungen wie die Vergabe von Förderungen sollten nicht einem kleinen, vertraulichen Gremium beschlossen werden. Denn gefördert sollte nur werden, was auch gesellschaftlich erwünscht ist - und darüber sollte man öffentlich diskutieren.

Nur 0,8 Prozent Erhöhung: Der Pensionsraub geht weiter!

Die Pensionserhöhung fällt mit 0,8 Prozent heuer mehr als dürrftig aus. Für MindestpensionistInnen sind das 6,66 Euro monatlich. Dazu wurde eine Einmalzahlung von 100 Euro beschlossen. Das entspricht 8,33 Euro pro Monat - das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Übrigens: Die Statistik Austria hat nach 15 Jahren mit Jänner 2016 die Berechnung des Preisindex für Pensionistenhaushalte eingestellt. Dieser Wert war nämlich regelmäßig höher als die offizielle Inflationsrate. Nun wird dieser Wert einfach nicht mehr erhoben.

Aber auch die „normale“ Inflationsrate (für 2017 rechnet die Nationalbank mit 1,5 Prozent) zeigt, dass eine Erhöhung von 0,8 Prozent völlig ungenügend ist. Die jetzige Pensionserhöhung birgt aber neben der Höhe noch andere Ungerechtigkeiten. Prozentuelle Erhöhungen sind ungerecht, da damit höhere Einkommen einen größeren Zuwachs haben. Fairer wäre ein fixer Mindestbetrag, z.B. mindestens 40 Euro mehr im Monat. Hinzu kommt noch, dass die 100 Euro nur eine Einmalzahlung sind. Dieser Betrag wird in die künftigen Pensionsberechnungen nicht miteinbezo-



gen und das bedeutet eine schlechtere Ausgangsbasis für künftige Erhöhungen.

Die PensionistInnen werden mit einer Pensionserhöhung abgespeist, die deutlich unter der Inflationsrate liegt. Das werden sie im Geldtascherl spüren – und dabei ist die offizielle Inflationsrate nur die halbe Wahrheit. Gerade die Dinge des täglichen Bedarfs und das Wohnen haben sich überdurchschnittlich verteuert.

Für viele PensionistInnen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, ist das tägliche Leben kaum mehr leistbar. Pensionen sind kein Almosen, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Eine Erhöhung von nur 0,8 Prozent ist eine soziale Schande.

KPÖ-Sozialfonds 2016



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Seitdem die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Renate Pacher: „Es gibt diese Einkommensgrenze von 2.300 Euro für die KPÖ-MandatarInnen, denn wir sind der Meinung, PolitikerInnen sollen sich mit ihren Einkommen nicht von ihren WählerInnen abheben. Denn wie sollen sie mit riesigen Gehältern die Sorgen und Nöte der Menschen nachvollziehen können?“

KPÖ-Sozialfonds 2016

Bezirk Murtal

Rest von 2015	109,27 Euro
Einzahlungen:	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.789,27Euro
Ausgaben:	
Für 146 Unterstützungsfälle:	4.720,00 Euro
Saldo: als Plus für 2016	69,27 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 1.781 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 107.042,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2016: 122.733,40 Euro für 913 Personen.

Seit 1998 wurden 13.557 Personen mit einer Gesamtsumme von 1,815.718,82 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat.

Landtag: Antrag auf Senkung der PolitikerInnengehälter von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt

Mit 1.1.2017 werden die Bezüge der PolitikerInnen wieder erhöht. Im Landtag erneuerte die KPÖ deshalb ihre Forderung, die Bezüge in der Landespolitik um ein Drittel zu senken. Leider wurde unser Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

Aus dem Gemeinderat

Neue Tarife Veranstaltungszentrum
Nach zehn Jahren wurden nun die Tarife im Veranstaltungszentrum mit 1. Jänner angehoben. Für die Saalkosten gibt es zwei verschiedene Tarife, je nachdem ob es sich um eine gewerbliche Veranstaltung oder um eine Veranstaltung eines örtlichen Vereins handelt. Im ursprünglichen Entwurf war wie bisher vorgesehen, dass eine Veranstaltung für örtliche Vereine mietfrei ist, wobei die Betriebskosten und Zusatzauslagen voll bezahlt werden müssen.

Die ÖVP stellte den Antrag, dass die Gemeinde für die erste Veranstaltung heimischer Vereine 50 Prozent der Betriebskosten übernimmt. Ein guter Antrag, dem wir gerne zugestimmt haben. Der Zusatzantrag wurde einstimmig beschlossen.

Special Olympics
Die Winter-Special Olympics finden heuer in der Steiermark statt. Die Special Olympics sind die welt-

weit größten Sportbewerbe für Menschen mit geistiger und Mehrfachbehinderung. Spielberg hat sich bereit erklärt die Betreuung und Unterbringung von 17 TeilnehmerInnen aus Syrien zu übernehmen. Die Kosten werden rund 5.000 Euro betragen. Ein gutes Projekt.

Örtliches Entwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan
Aufgrund der Gemeindegemeinschaften müssen ein neues örtliches Entwicklungskonzept und ein neuer Flächenwidmungsplan beschlossen werden. Bauvorhaben, sonstige Planungsinteressen, sowie Planungsanregungen können in der Zeit vom 31.1. bis 31.3.2017 im Stadtbauamt schriftlich bekannt gegeben werden.

Sprechstunde
mit Sozialberatung
 KPÖ-STR. Renate Pacher
 und DSA Karin Gruber
Dienstag, 21. Februar
 KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
 Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
 Voranmeldung: 03512/ 82240

Zur Information:
Die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen:
 Donnerstag, 30.3.2017, 18.00 Uhr
 Donnerstag, 22.6.2017, 18.00 Uhr
 Dienstag, 26.09.2017, 18.00 Uhr.
 Dienstag, 12.12.2016, 18.00 Uhr
 Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich

Unsere Homepage:
www.kpoe-steiermark.at



MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Erster Erfolg: Wohnunterstützung verbessert, aber kinderfeindliche Regelung bleibt – der Widerstand geht weiter

Mit 1. September trat unter dem Titel „Wohnunterstützung“ eine dramatische Verschlechterung der Wohnbeihilfe in Kraft. SPÖ und ÖVP haben ein höchst unsoziales Gesetz beschlossen. Seitdem haben sich viele verzweifelte Menschen an uns gewandt. Denn auf Wohnbeihilfe hatte nur Anspruch wer wenig Einkommen hat – und gerade bei den sozial Schwächsten wurde gekürzt.

Die KPÖ hat von Beginn an gegen dieses unsoziale Gesetz mobil gemacht. Wir haben in Graz eine Großdemonstration organisiert, mehrmals vor dem Landtag protestiert und eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen. Nun hat der Widerstand erste Erfolge gezeigt. Das Gesetz wird teilweise repariert.

Nun werden gegenüber der im September in Kraft getretenen Fassung einige Verschlechterungen zurückgenommen. Das wird vor allem BezieherInnen von kleinen Pensionen und Einkommen helfen. Auch die „Vermögensgrenze“ wird von 4.188 auf 10.000 Euro erhöht. Aber die heftig kritisierte Einberechnung der Familienbeihilfe als Einkommen bleibt weiterhin aufrecht.

Das ist für uns unannehmbar. Die Kinderbeihilfe ist für die Kinder gedacht. Sie als Einkommen zu werten, ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Das sieht auch der Grazer SPÖ-Alt-Bürgermeister Alfred Stingl so, der das Gesetz als „unhaltbar“ bezeichnet hat.



Sichtlich wenig Freude hatte SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus als KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ihr im Landtag mehr als 9.600 Unterschriften übergab. Wie konnte man nur ein so unsoziales Gesetz beschließen?

In der Landtagssitzung im Dezember hat die KPÖ die ersten 9.614 Unterschriften an die für die Wohnunterstützung verantwortliche SPÖ-Landesrätin Doris Kampus übergeben. Der Widerstand gegen dieses unsoziale Gesetz hat erste Früchte getragen. Aber solange die kinderfeindliche Einberechnung der Familienbeihilfe nicht zurückgenommen wird, zählen Kinder zu den Verlierern. Deshalb gehen unser Protest und die Unterschriftensammlung weiter.



Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen!

Hände weg von der Wohnbeihilfe!

Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

Bitte einsenden an: **KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld**
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240